

WIR SIND ALLE 129a!

Sonderausgabe zum 129a-Verfahren in Frankfurt am Main // Nr. 1, September 2020

GEMEINT SIND WIR ALLE!

Am Mittwoch, den 17. Juni 2020 gab es in Frankfurt am Main in den frühen Morgenstunden eine Hausdurchsuchung durch das Bundeskriminalamt (BKA) wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung (§ 129a StGB).

Die bei dieser Anschuldigung ermittelnde Bundesanwaltschaft wirft Straftaten im Rahmen der Aktionen gegen das Bundesverwaltungsgericht am 1. Januar 2019 in Leipzig vor. Der Durchsuchungsbeschluss des Bundesgerichtshofes wurde bereits am 22. Januar 2020 ausgestellt. Ermittelt wird laut Beschluss gegen einen Beschuldigten und mindestens zwei weitere Unbekannte.

Wir als Solikreis haben uns zusammengeschlossen, um die Betroffenen aktiv und kontinuierlich zu unterstützen. Dabei geht es uns um praktische Solidarität aber auch um die politische Einordnung des Verfahrens und eine öffentliche Auseinandersetzung mit § 129a als Mittel der Repression gegen linke, emanzipatorische Bewegungen.

Der Vorwurf der Bildung bzw. Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung gibt den Repressionsbehörden weitreichende Ermittlungsbefugnisse. Diese reichen vom Abhören der Telekommunikation, über den Einsatz von Trojanern zur Ausspähung von Smartphones und Computern, bis hin zur Beschattung von Beschuldigten und der Überwachung von privaten Räumen mit Wanzen und/oder Videotechnik. Dabei können von den Maßnahmen nicht nur die bereits offen Beschuldigten betroffen sein, sondern alle, bei denen die Ermittlungsbehörden einen Zusammenhang konstruieren oder die sie dem Kreis der Beschuldigten zurechnen. Dabei sind der Willkür kaum Grenzen gesetzt und die Ermittlungen können potentiell alle betreffen. Auch deshalb kann § 129a

auch getrost als Schnüffel- oder Be-spitzelungsparagraf bezeichnet werden, der von den Behörden all zu gerne zur Überwachung ganzer Zusammenhänge oder gar zur Ausspähung aller Strukturen genutzt wird, die sie der linke Szene zuordnen.



Wichtig ist dabei, die Betroffenen nicht im Stich zu lassen und sie aktiv zu unterstützen.

Das heißt für uns konkret:

- ★ Seid solidarisch: Supportet die Betroffenen durch Veranstaltungen, Demonstrationen, Aktionen oder Spenden.
- ★ Lasst euch nicht spalten: Isoliert Beschuldigte nicht aus Angst vor Repression und geht mit ihnen genauso um, wie ihr es vor Bekanntwerden der Ermittlungen getan habt.
- ★ Anna und Arthur halten's Maul: Szenetratsch hilft nur den Repressionsorganen. Mit Spekulationen bringt ihr die Betroffenen, euch und mögliche andere in Gefahr.

Mittlerweile sind über ein Dutzend Genoss*innen im Zusammenhang mit

dem 129a-Verfahren in Frankfurt von BKA und Bundesanwaltschaft als Zeug*innen vorgeladen worden. Auch diese Vorladungen sind nicht auf die leichte Schulter zu nehmen, da die Betroffenen den Terminen nicht einfach fernbleiben dürfen und bei Nichterscheinen Zwangsvorfürungen drohen können. Außerdem können sich im Ermittlungsverfahren als Zeug*innen geführte Personen nicht problemlos auf ein Zeugnisverweigerungsrecht berufen.

Alle bisher als Zeug*innen geladenen verweigern trotzdem die Aussage und arbeiten nicht mit dem Ermittlungsbehörden zusammen.

Solltet ihr von einer Zeug*innenvorladung betroffen sein:

- ★ Meldet euch bitte unverzüglich bei uns oder bei der Frankfurter Ortsgruppe der Roten Hilfe. Gemeinsam besorgen wir euch anwaltliche Unterstützung und besprechen das weitere Vorgehen.
- ★ Spekuliert nicht öffentlich oder auf anderen Kommunikationskanälen darüber, warum ihr von einer Vorladung als Zeug*in betroffen seid – auch nicht über verschlüsselte Kanäle.
- ★ Geht nicht ohne die Unterstützung einer Anwalt*in zu eurem Ladungstermin.

Kontakt & weitere Infos:

mail@129a.info // www.129a.info

WIR HABEN VIEL ZU SAGEN – ABER NICHT DEM BKA!

Communiqué der Zeug*innen Gruppe aus Frankfurt/Main

Das BKA verschickte für den 30.7.20 »Zeugenvorladungen« (ja sie schreiben nur von Männern) im Auftrag der Generalbundesanwaltschaft (GBA). Ermittelt wird gegen mindestens einen Genossen anhand des Paragraphen 129a – Bildung einer terroristischen Vereinigung. Dieser Paragraph wird hauptsächlich dazu genutzt, um mehr Ermittlungsbefugnisse für die Polizei zu ermöglichen. Dadurch können alle möglichen Verhaltensweisen von der Bundesanwaltschaft zu einer herbei phantasierten terroristischen Vereinigung erklärt werden. Mindestens ein Dutzend Personen wurden kurzfristig auf eine Frankfurter Polizeistation geladen. Teilweise kamen die Briefe erst nach dem Vorladungstermin bei den Menschen an.

Wir werten diese Ermittlungen nicht nur als Angriff auf unseren Genossen, sondern auch als einen Angriff auf linke Strukturen, auf unsere Vorstellungen von einem solidarischen Zusammenleben, sowie ein Angriff auf jegliche emanzipatorische Bestrebungen diese Gesellschaft zu verändern. Es ist aber auch ein indi-

vidueller Angriff auf jede*n von uns Zeug*innen und unserer persönlichen Integrität.

Diesen Angriff weisen wir entschieden zurück! Unsere Kollektivität ist unsere Stärke!

Uns eint, durch das BKA als Zeug*innen vorgeladen worden zu sein, doch darüber hinaus sind wir alle radikale, subversive, außerparlamentarische Linke.

Für uns ist die Aussageverweigerung eine Frage der grundsätzlichen Haltung. Wir wollen den Bullen keine Informationen jeglicher Art über unsere Freund*innen, Genoss*innen oder Mitbewohner*innen geben. Gerade bei 129a-Ermittlungsverfahren wird alles, was Beteiligte sagen, jede noch so kleine »unbedeutende« Äußerung dazu genutzt, sie selbst und vor allem die beschuldigte Person zu schikanieren, zu isolieren und letztlich zu verhaften. Wir alle wollen auf keinen Fall Teil dieses repressiven Staatsapparates sein!

Dieser Staat versucht mit Paragraphen, wie dem 129a/b, jeglichen Willen der Veränderung, hin zu einer befreiten Gesellschaft, zu unterdrücken. Gerade die Androhung von Zwangsmitteln gegen uns Zeug*innen bestärkt

uns in der Ablehnung dieser Institutionen.

Wir kritisieren und wehren uns weiterhin gegen deutsche Behörden und Gesetzte, die nach wie vor in einer unaufgearbeiteten nationalsozialistischen Kontinuität stehen.

Dies gilt vor allem für einen rassistischen Polizeiapparat, der nicht nur historisch, sondern auch in jüngster Vergangenheit unzählbar oft bewiesen hat, dass er im Zweifel immer auf der Seite der Faschist*innen steht. Genauso gilt dies für eine Bundesanwaltschaft, die es aktuell ablehnt gegen einen NSU 2.0 zu ermitteln. Eine Naziorganisation, die Informationen aus deutschen (hessischen) Polizeidatenbanken verwendet und sich auf den mörderischen NSU bezieht.

Auch in der inneren Logik dieser Behörden gefährdet jegliche Kooperation als Zeug*in auch diese selbst. Durch die phantasierte terroristische Organisation des § 129a/b besteht letztlich für alles und alle die Gefahr ebendieser zugerechnet zu werden. Wenn der GBA uns Linken also Terrorismus vorwirft, dann sagen wir: Der Terror geht von den bestehenden Verhältnissen aus. Er ist die Angst vor rassistischen und willkürlichen Kontrollen durch die Bullen; die Benachteiligung und Unterdrückung aufgrund von Herkunft, Hautfarbe, Pass oder Geschlecht; die Repression und die Angst scheinbar nichts dagegen tun zu können.

Dem treten wir entschlossen entgegen! Mit diesem Staat und seinen Behörden werden wir nicht reden!

Wenn es in Zukunft auch dich trifft, ist das Wichtigste, dass du weißt: Du bist nicht allein! Ein Angriff auf eine*n ist ein Angriff auf uns alle! Wende dich direkt an die Rote Hilfe Frankfurt. Uns drohen in diesem Verfahren hohe Zwangsgelder und Beugehaft, die wir in Kauf nehmen müssen. Auch im Falle einer Inhaftierung als Zeug*innen müssten wir die laufenden Kosten unseres Lebens, sowie die des Gefängnisses tragen. Selbst ohne diese Zwangsmittel wird dieses Verfahren sich noch Jahre hinziehen und uns, neben ein paar Nerven, eine Menge Geld kosten.

Um uns und andere zu unterstützen, spendet an das unten stehende Konto. Wir freuen uns genauso über Solidaritätsbekundungen, denn gemeinsam sind wir stark!

Spendenkonto

Rote Hilfe e.V. Ortsgruppe Frankfurt
IBAN: DE24 4306 0967 4007 2383 90
BIC: GENODEM1GLS
GLS-Bank
Stichwort: 129a



EINE HAUS- DURCHSUCHUNG & IHRE FOLGEN

Bericht über die Hausdurchsuchung am 17.06.2020 und die ersten Reaktionen

17.06.2020, 6.00 Uhr, Scheiben klirren. Die Bewohner*innen der WG springen aus dem Bett weil sie denken Nazis werfen die Scheiben ein, aber die lauten Rufe, verummte Leute mit Taschenlampen lassen keinen Zweifel zu, da sind auch schon alle Bewohner*innen der WG im Schmerzgriff am Boden. Es dauert etwas bis sich die Aufregung legt, und sie realisieren, dass sich in der kleinen Bude mehr als zwanzig Bundespolizei BFE Bullen aufhalten. Weitere warten im Hauseingang und haben sich um das Haus positioniert. Noch länger dauert es bis endlich ein Durchsuchungsbefehl ausgehändigt wird, und die Federführung an das ermittelnde BKA übergeben wird. Diese versuchen formal juristisch korrekt zu handeln, ist ihr Ziel doch juristisch sauber zu arbeiten. Das sind die unterschiedlichen Seiten der Repression, die verummten Schläger sollen einschüchtern, die sich jovial gebenden BKA Bullen sammeln alles ein was sie bekommen können und organisieren das Ganze.

Durchsucht wird offiziell das Zimmer des Beschuldigten wie Gemeinschaftsräume, die Zimmer der anderen Bewohner*innen werden abgefilmt.

Der Durchsuchungsbeschluss ist vom Bundesgerichtshof (BGH), ausgestellt am 20.01.20. Ermittelt wird wegen einer vermeintlichen »terroristischen Vereinigung«, gegen den Betroffenen und mindestens zwei weitere unbekannte Täter*innen. Diese hätten an Silvester 2018/2019 mit vielen anderen die Außenstelle des BGH in Leipzig angegriffen. Vorgebracht werden vermeintliche DNA Funde an Kleidungsstücken und vermeintliche Kameraaufnahmen. Gesucht wird nach bestimmter Kleidung, Kommunikationsmedien, sonstigen Hinweisen auf diese vermeintliche Vereinigung. Beschlagnahmt werden 3 Laptops, ein USB-Stick, Papiere und etwas Kleinram wie eine Sturmhaube.

Während der Durchsuchung wird zwei Menschen angeboten doch gleich

als Zeuge auszusagen, was abgelehnt wird. Der Beschuldigte wird anschließend noch zur ED Behandlung auf das Polizeipräsidium gefahren, wobei das BKA so nett ist auf den Rechtsanwalt zu warten. Nach mehreren Stunden wird er entlassen. Es ist davon auszugehen das es mindestens um die Durchsuchung herum zu Observationen und Telekommunikationsüberwachung gekommen ist.

In den umliegenden Trinkhallen und der Nachbarschaft ist man sich einig, die Bullen haben einen Knall, und so nette Terrorist*innen habe man schon lange nicht mehr gesehen, auch sonst gäbe es doch gerade wichtigeres zu tun.

Eine am selben Tag in Leipzig angesetzte Solidaritätsdemonstration wegen vorausgegangenen Hausdurchsuchungen in Connewitz beschließt

OB HAMBURG, FRANKFURT ODER SONST WO... ... WEG MIT § 129, § 129a UND § 129b!



Am Montag, den 31. August haben Bullen 27 Objekte, 24 davon in Hamburg und jeweils ein Objekt in Niedersachsen, Schleswig-Holstein und NRW gerast. Grund der Durchsuchungen sind die Ermittlungen gegen den Roten Aufbau Hamburg wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung. Diese Ermittlungen sind eine weitere Zuspitzung einer autoritären Formierung in Deutschland. Ziel ist es emanzipatorische Strukturen zu zerschlagen und ein weiteres Voranschreiten der Faschisierung zu sichern. In diesem Zusammenhang ste-

spontan die Umwidmung ihres Mottos! Danke dafür.

Am nächsten Tag demonstrieren ca. 400 Menschen in Frankfurt Bockenheim gegen die Kriminalisierung unter dem Motto: Wir sind alle 129a!

Und dieses Motto scheint erst mal zu stimmen. Die materiellen Schäden an der Wohnung sind behoben, doch große Teile der Frankfurter außerparlamentarischen Linken verstehen diesen Angriff als das was er gemeint ist. Eine Ausforschungs- und Kriminalisierungskampagne des BKA gegen linke Strukturen. Entsprechend erfreulich scheint es zu sein, dass dieser Angriff erst mal ins Nichts läuft. Dabei sollte es weiterhin bleiben, lasst euch nicht einschüchtern, macht weiter wie bisher und was ihr wollt. Wir bleiben rotzfrech und widerständig.

Bleibt auf dem laufenden, solidarisiert euch, bedenkt solche Ermittlungen ziehen sich lange, unsere Solidarität braucht einen langen Atem.

Und wenn sie sagen wir sind Terrorist*innen, dann schauen wir uns in dieser Welt um, wo jeder Despot und autoritäre Herrscher seine Widersacher*innen Terrorist*innen nennt. Jede fortschrittliche Bewegung scheint einmal im damals herrschenden System eine terroristische Vereinigung gewesen zu sein. Wenn das so ist, dann reihen wir uns gerne ein, dann sind wir alle eine terroristische Vereinigung.

hen auch die Ermittlungen nach 129a hier in Frankfurt, die einzig und allein das Ziel haben linke Strukturen zu kriminalisieren und zu zerschlagen. Dieser Repression nehmen wir jedoch mit unserer Solidarität den Wind aus den Segeln – strömungsübergreifend gegen diese Klassenjustiz.

Wir schicken solidarische Grüße an die Betroffenen der Razzien und wünschen viel Stärke!

**Solidarität mit dem Roten Aufbau Hamburg!
Feuer und Flamme der Repression!
United we Stand – United we Fight!**

CHRONOLOGIE

01.01.2019

Angriff auf die Außenstelle des Bundesgerichtshofs (BGH) in Leipzig.

03.01.2019

Einleitung eines Ermittlungsverfahrens nach § 129a. Übergabe der Ermittlungsführung an das Bundeskriminalamt (BKA).

31.05.2019

Aufnahme des Frankfurter Beschuldigten in das Verfahren.

20.01.2020

BGH stellt Durchsuchungsbeschluss für den Frankfurter Beschuldigten aus.

17.06.2020

Hausdurchsuchung in der Wohngemeinschaft des Frankfurter Beschuldigten durch BKA, Bundespolizei und Frankfurter Staatsschutz. Das Verfahren wird Öffentlichkeit bekannt. Androhung von Zeug*innenladung durch das BKA an zwei anwesende Personen. Am Abend demonstrieren in Leipzig etwa 400 Menschen gegen die Kriminalisierung Linker.

18.06.2020

In Frankfurt demonstrieren hunderte unter dem Motto »Wir sind alle 129a!« gegen die Polizeiaktion und solidarisieren sich mit den Betroffenen.

24.07.2020

Das BKA verschickt Zeug*innenvorladungen an ein gutes dutzend Personen aus dem Rhein-Main-Gebiet mit einer Frist von 6 Tagen, inklusive Wochenende. Manche Personen erreichen die Briefe erst nach dem Vorladungstermin.

30.07.2020

Im Rödelheimer Polizeirevier werden 9 Personen mit Anwaltsbegleitung durch das BKA befragt. Alle lehnen jede Aussage und Zusammenarbeit ab. Vor dem Revier begleiten ca. 60 solidarische Menschen die Betroffenen.

22.08.2020

Das BKA verschickt erneut Zeug*innenvorladungen an die Personen welche zur ersten Ladung nicht erschienen sind.

27.08.2020

Drei Personen verweigern mit Anwaltsbegleitung im Polizeipräsidium in Frankfurt die Aussage und lehnen jede Zusammenarbeit mit den Behörden ab. Begleitet werden sie von mehreren dutzend solidarischen Menschen.

BUNDESGERICHT IN LEIPZIG ANGEGRIFFEN



An dieser Stelle dokumentieren wir das Bekenner*innenschreiben zum Angriff auf den Bundesgerichtshof in Leipzig am 01.01.2019

Wir starten in das Jahr 2019 mit kaputten Scheiben und einem Feuer am 5. Strafsenat des Bundesgerichtshofs in Leipzig. Wir starten mit von Steinen zerstörten Scheiben und einer von Farbgläsern verschönerten Fassade direkt nebenan, am Haus der Burschenschaft Corps Lusatia. Wir starten mit brennenden Barrikaden an einer nahegelegenen Kreuzung und einer von Rauch eingehüllten Straße. Die herrschende Ordnung zerstört die menschlichen Beziehungen, wir werden niemals aufhören diese Ordnung zu bekämpfen. (...)

Der 5. Strafsenat ist für die Revisionsverfahren unter anderem Berlins und Brandenburgs zuständig. Er ist als einer von fünf Strafsenaten des Bundesgerichtshofs eine der höchsten Rechtsprechenden Instanzen in Deutschland. Gerichte sind dafür zuständig die herrschende Ordnung

aufrecht zu erhalten. Diese staatliche Ordnung, in der die Regeln des Zusammenlebens im Sinne der staatlichen Herrschaftssicherung, kapitalistischer Ausbeutung und patriarchaler Unterdrückung festgelegt sind, entfremdet uns Menschen voneinander. Wir sollen uns den staatlichen Regeln unterwerfen und dabei die Fähigkeit verlieren unser Leben selbstbestimmt, auf Augenhöhe und solidarisch zu gestalten. Wer jedoch versucht uns diese Gestaltung aus den Händen zu reißen macht sich zum Feind der Freiheit und der Menschlichkeit. Aktuell erleben wir eine Zeit, in denen der Staat immer autoritärer wird, also versucht seinen Zugriff auf unser Leben noch mehr auszuweiten. In dieser Situation der Zuspitzung der Überwachung unseres Lebens, Steuerung unserer Entscheidungen und Spaltung der Menschheit müssen wir den Kampf gegen den Staat umso unversöhnlicher führen. (...)

Den gesamten Text findet ihr auf www.129a.info

KONTAKT, AKTUELLE INFOS & IMPRESSUM

Als Solikreis haben wir uns zusammengeschlossen, um die Betroffenen des 129a-Verfahrens aktiv und kontinuierlich zu unterstützen. Dabei geht es uns um praktische Solidarität aber auch um die politische Einordnung des Verfahrens und eine öffentliche Auseinandersetzung mit § 129a als Mittel der Repression gegen linke, emanzipatorische Bewegungen.

Aktuelle Infos gibt's auf www.129a.info und über Tor auf dtjnlb5axqpfznlun.i2lfqz7q5zu6h5o3ktdx4chjfd7iqazfg6eg4ad.onion

E-Mail: mail@129a.info (Wenn ihr uns schreibt, verschlüsselt eure E-Mails am Besten via PGP. Unseren Key & Fingerprint findet ihr auf unserer Website.)
ViSDP: Anna Arthur, Gutleutstraße 161, 61312 Frankfurt am Main